

**Meldung vom 2010-06-25 12:34:00**

**Von der Leyen will schärfere Kontrollen von Mindestlöhnen**

Von der Leyen will schärfere Kontrollen von Mindestlöhnen Berlin, 25. Jun  
(Reuters)

- Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen hat angesichts der zahlreichen Verstöße gegen gesetzlich vereinbarte Mindestlöhne schärfere Kontrollen angekündigt. "Wenn wir gemeinsame Regeln verabredet haben, dann müssen diese Regeln auch eingehalten werden", sagte die CDU-Politikerin am Freitag in Berlin. "Es muss dann auch konsequenter kontrolliert und geahndet werden, wenn Regeln nicht eingehalten werden. Das bedeutet auch für uns, die Kontrollen auch zu verstärken."

Schärfere Sanktionen gegen Unternehmen, die sich nicht an die Vereinbarungen halten, erwägt die Ministerin nicht. "Das Problem liegt eher in der Frage, diejenigen zu finden, die die Mindestlöhne unterlaufen", sagte sie. Zunächst sollten erst einmal die Sanktionsmöglichkeiten auch voll ausgenutzt werden. Einer Untersuchung des Arbeitsministeriums zufolge wurden 2009 allein in der Baubranche fast 1500 Bußgeldverfahren gegen Firmen wegen Verstößen gegen den Mindestlohn eingeleitet. Die Zahlen zeigten, "dass in der Tat punktuell auch Mindestlöhne unterlaufen werden", sagte von der Leyen. (Reporter: René Wagner, redigiert von Klaus-Peter Senger)

**Meldung vom 2010-06-25 13:31:00**

**FOKUS 1-Arbeitgebern drohen schärfere Mindestlohn-Kontrollen**

- \* Von der Leyen: Gemeinsame Regeln müssen eingehalten werden
- \* 1500 Bußgeldverfahren gegen Bau-Arbeitgeber
- \* Zollgewerkschaft beklagt Personalmangel

(neu: Zollgewerkschaft, Details zu Bußgeldverfahren) Berlin, 25. Jun (Reuters)

- Wegen massiver Verstöße gegen den Mindestlohn hat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen schärfere Kontrollen angekündigt. "Wenn wir gemeinsame Regeln verabredet haben, dann müssen diese Regeln auch eingehalten werden", sagte die CDU-Ministerin am Freitag in Berlin. Härtere Sanktionen erwägt sie dagegen nicht. Nach Angaben ihres Ministeriums liefen vergangenes Jahr allein in der Bauwirtschaft mit 680.000 Beschäftigten knapp 1500 Bußgeldverfahren gegen Arbeitgeber, die gegen den Mindestlohn verstießen. Wenn Regeln nicht eingehalten würden, müsse konsequenter kontrolliert werden, kündigte von der Leyen an. Schärfere Sanktionen erwägt die CDU-Politikerin dagegen nicht. "Das Problem liegt eher in der Frage, diejenigen zu finden, die die Mindestlöhne unterlaufen", sagte sie.

Die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) erneuerte ihre Forderung nach zusätzlichen Ermittlern beim Zoll. "Wenn die Bundesregierung tatsächlich wirksame Kontrollen für die Einhaltung der Mindestlöhne garantieren will und sie nicht nur als politisches Feigenblatt betrachtet, muss sie das erforderliche Personal zur Verfügung stellen", erklärte BDZ-Chef Klaus Leprich. Bei einer Ausweitung des Mindestlohns seien 500 bis 2000 neue Stellen nötig. Die bis 2013 geplanten 500 neuen Stellen reichten für konsequente Kontrollen nicht aus, sondern seien nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Damit würden nicht einmal die Kürzungen der vergangenen Jahre ausgeglichen. Zudem seien aufwendige Betriebsprüfungen nötig, da Personenkontrollen allein nicht zielführend seien.

Das Bundesfinanzministerium wies die Forderung der Gewerkschaft zurück. "Ich habe keine Erkenntnisse, dass die Prüfungen lückenhaft wären", sagte ein Sprecher. Klagen über eine personelle Unterbesetzung seien aus vielen

Bereichen der öffentlichen Verwaltung zu hören. Er gehe jedoch davon aus, dass das Personal ausreiche. Prüfungen könnten nie flächendeckend sein, hätten aber dennoch eine abschreckende Wirkung.

In der Bauwirtschaft prüfte der Zoll 2009 nach Angaben des Arbeitsministeriums 14.000 Arbeitgeber und über 170.000 Beschäftigte. Bei den Gebäudereinigern wurden über 2000 Arbeitgeber geprüft und knapp 20.000 Beschäftigte befragt. In der Gebäudereinigungs-Branche sind rund 830.000 Menschen beschäftigt. Das Arbeitsministerium verzeichnete hier 2009 gut 200 Bußgeldverfahren. Spätestens ab August wird der Mindestlohn auch auf die rund 800.000 Beschäftigten in Altersheimen und bei Pflegediensten ausgeweitet. Dann gelten bundesweit für insgesamt drei Millionen Beschäftigte Mindestlöhne, darunter Mitarbeiter von Wachdiensten, der Abfallwirtschaft, von Großwäschereien und des Elektrohandwerks.

(Reporter: Rene Wagner, Holger Hansen, Sabine Siebold; redigiert von Klaus-Peter Senger)

**ddpMeldung vom 2010-06-25 14:50:00**

**(Zusammenfassung - Neu: Details) Mindestlöhne werden offenbar massenhaft unterlaufen - Gewerkschaften fordern deutliche Ausweitung der Kontrollen**  
--Von Ralf Beunink--Arbeit/Mindestlohn/ZF1/ Berlin (ddp).

Die gesetzlichen Mindestlöhne in Deutschland werden offenbar massenhaft unterlaufen. Betroffen sind nach einer ersten Bilanz der Bundesregierung vor allem Beschäftigte in der Baubranche sowie Gebäudereiniger, wie aus einer Zusammenstellung des Bundesarbeitsministeriums auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervorgeht, die der Nachrichtenagentur ddp vorliegt. Gewerkschaften fordern daher eine deutliche Ausweitung der Kontrollen durch die zuständige Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls und regen höhere Strafen an.

Allein 2009 sind der Zusammenstellung zufolge in der Bauwirtschaft über 1400 Bußgeldverfahren gegen Firmen wegen Verstößen gegen den Mindestlohn eingeleitet worden. In der Gebäudewirtschaft sind es etwa 200 gewesen.

Mindestlöhne sind derzeit für mehr als zwei Millionen Arbeitnehmer vereinbart. Von ihnen sind allein 800 000 als Gebäudereiniger und knapp 700 000 in der Baubranche beschäftigt. Kontrollen gelten gerade in diesen beiden Wirtschaftszweigen als extrem zeit- und personalaufwendig. Für die Überwachung der korrekten Bezahlung und die Suche nach illegal Beschäftigten sind derzeit 6400 FKS-Beamte zuständig. Sie müssten bis zu 70 000 Baustellen im Bundesgebiet prüfen.

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) sprach sich erneut für eine deutliche Ausweitung der Kontrolleure um weitere 4800 Mitarbeiter aus. «Wenn die Mindestlöhne effizient überwacht werden sollen, führt an zusätzlichem Personal beim Zoll kein Weg vorbei», sagte der Bundesvorsitzende Klaus WieseHügel. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass die verbindlichen Branchenmindestlöhne in Deutschland zum wirkungslosen Papiertiger verkommen würden. Die Mehrkosten beim Personal könnten durch die zu erwartenden Zusatzeinnahmen bei den Bußgeldern kompensiert werden.

Die Zahl der Branchen, in denen ein Mindestlohn vereinbart worden sei, habe sich seit 2005 verdoppelt. Die Zahl der Kontrolleure dagegen sei nahezu gleich geblieben, kritisierte WieseHügel. Die von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) geplante Aufstockung der FKS um 150 Kontrolleure in diesem Jahr und um weitere je 100 Beamte in 2012 und 2013 sei viel zu gering. Zudem

forderte die IG BAU die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften und entsprechenden Strafkammern bei den Gerichten. Darüber hinaus müsse die Vollstreckung von Bußgeldern auch im europäischen Ausland gewährleistet werden.

Beim Bundesfinanzministerium hieß es, die Personalausstattung der FKS «ist angemessen und ermöglicht ihr auch weiterhin eine erfolgreiche Arbeit». Eine Verdoppelung der Mindestlohnbranchen führe nicht zwangsläufig zur Verdoppelung des Kontroll- und Ermittlungsaufwandes. Doch stünden die Branchen mit einem Mindestlohn «im besonderen Fokus der Zollverwaltung».

Die Gewerkschaft ver.di brachte höhere Strafen ins Gespräch. «Ob die Bußgelder in der Höhe ausreichend sind, muss man sicherlich prüfen», sagte die stellvertretende Vorsitzende Margret Mönig-Raane.

Niedriglöhne müssten «eine gesellschaftliche Ächtung erfahren, die ist meiner Meinung nach genauso wichtig wie ordentliche gesetzliche Maßnahmen». Es seien «klare und transparente Regeln» notwendig. Daher sei der gesetzliche Mindestlohn mit einer «Untergrenze für alle Branchen (..) ein ganz wichtiges Mittel.»